



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An die  
Karawane für die  
Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen  
Sektion Nord/Koordinationskreis Hamburg  
c/o Brigittenstraße 5  
20359 Hamburg

HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11013 Berlin

TEL + 49 (0)3018-17-3181  
FAX + 49 (0)3018-17-53181

BEARBEITET VON  
Stefan Bantle

REFERAT: 310

310-4@diplo.de  
www.auswaertiges-amt.de

BETREFF **Bürger- und Menschenrechte in Syrien**  
HIER **In Syrien inhaftierte Mitglieder der Damaskus-Erklärung**  
BEZUG Ihr Schreiben vom 31.03.2008 (Eingang per Fax am 04.04.2008)  
ANLAGE Verschiedene Presseerklärungen zu Bürgerrechtlern in Syrien  
GZ 310-320.21 SYR (bitte bei Antwort angeben)

Berlin, 25. April 2008

Sehr geehrter Herr Lourenco,

für Ihr Schreiben zu den in Syrien inhaftierten Mitgliedern der Damaskus-Erklärung danke ich Ihnen. Die Bundesregierung und insbesondere auch Bundesaußenminister Steinmeier sehen die Menschenrechtsslage und die Situation der Bürgerrechtler in Syrien mit großer Sorge. Bundesminister Steinmeier hat sich in der Vergangenheit sowohl in persönlichen Gesprächen mit der syrischen Regierung als auch öffentlich mit Nachdruck für eine Freilassung dieser politischen Häftlinge eingesetzt.

Er hat am 29. Januar 2008 die syrische Regierung öffentlich aufgefordert, Riad Seif und andere Inhaftierte umgehend freizulassen. Gemeinsam mit unseren Partnern der EU setzt sich die Bundesregierung seit Jahren für die Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards und die Gewährung von Bürgerrechten in Syrien ein. Ein Beispiel hierfür sind die unter deutschem Vorsitz gefassten EU-Erklärungen zu den Verurteilungen von Anwar al-Bunni vom 24.04.2007, Dr. Kamal Labwani vom 11.05.2007 und Michel Kilo sowie Mahmoud Issa vom 14.05.2007. Die von Ihnen angesprochenen Verhaftungen und Anklagen hat die EU unter slowenischer Präsidentschaft am 31.12.2007 öffentlich verurteilt.

Die EU-Vertretungen in Damaskus verfolgen in enger Abstimmung die Menschenrechtsslage in Syrien und beobachten Prozesse gegen politische Häftlinge. Die Bundesregierung

und ihre EU-Partner setzen sich gleichzeitig in vertraulichen Demarchen für einzelne Personen und die Verbesserung der Menschenrechtslage in Syrien ein.

Bundesaußenminister Steinmeier wird auch in Zukunft in seinen Gesprächen mit syrischen Regierungsmitgliedern diese Fragen nachdrücklich ansprechen. Der Einsatz zivilgesellschaftlicher Gruppen, wie der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Amnesty International oder Human Rights Watch sind hierbei eine wichtige Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Stefan Bantle'.

Stefan Bantle

(Syrienreferent)